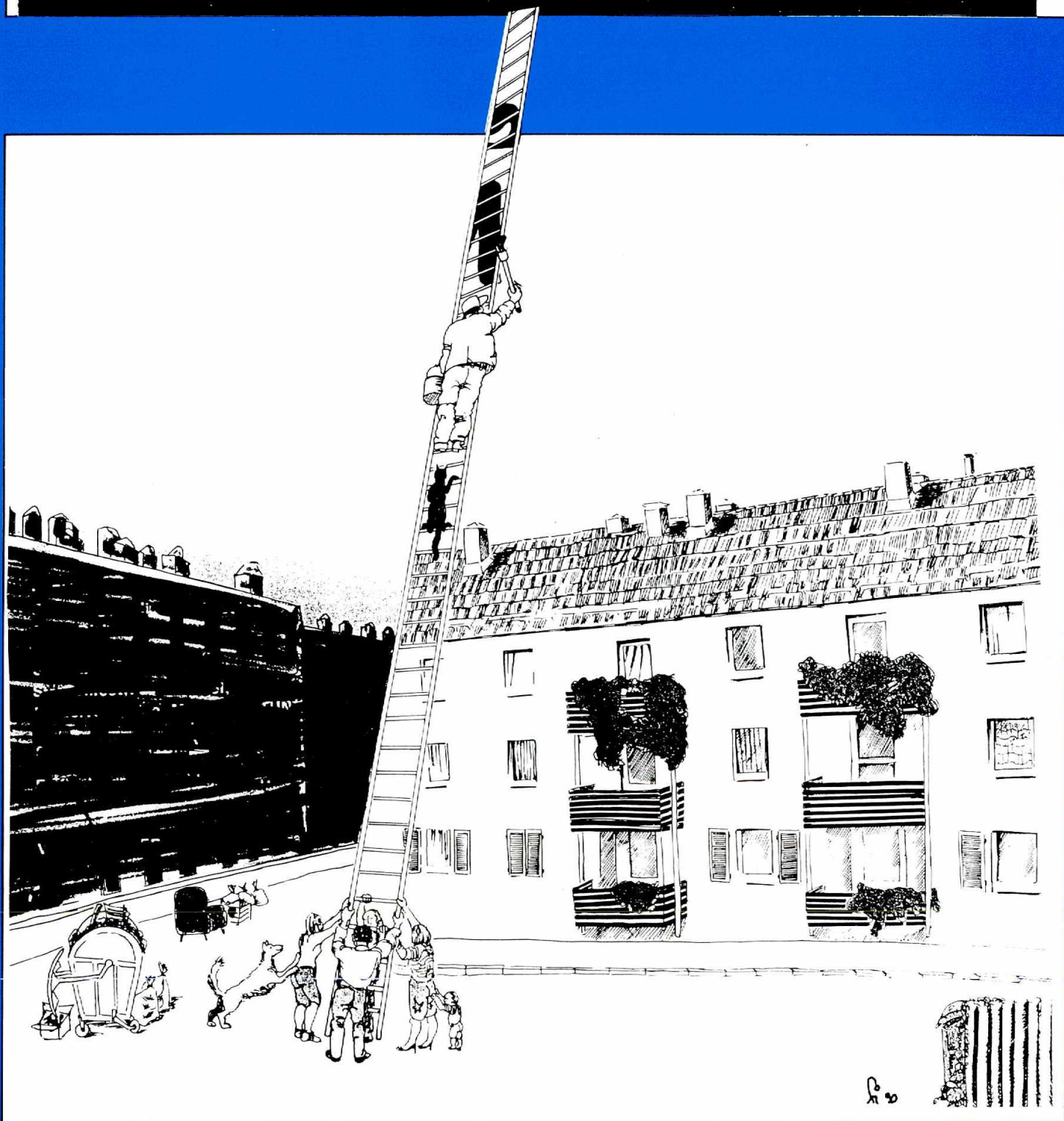


LAG

1/93

LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT
SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN



ENTWICKLUNG DER BRENNPUNKTE

INHALT

Liebe Leserinnen und Leser,

da macht frau nun ein Konzept für die neue Zeitungsausgabe, drängelt bei den Autorinnen und Autoren wegen der termingerechten Abgabe und dann kommt doch wieder etwas dazwischen und der Erscheinungstermin muß verschoben werden. Deshalb von dieser Stelle noch einmal vielen Dank für die Beiträge selbst und auch für die Geduld der AutorInnen.

In dieser Zeit spitzte sich ganz schnell, wenn auch nicht unerwartet, die politische Kürzungs-Diskussion zu. Die Erkenntnis, daß bei den AsylbewerberInnen begonnen wird, was auf andere Gruppen der Gesellschaft ausgeweitet werden soll, bewahrheitet sich einmal mehr bei den Vorschlägen zur Sozialhilfe-Regelung.

Auf die fast täglich wechselnden Kürzungsvorschläge zu Sozialleistungen in dieser Zeitung einzugehen, macht wenig Sinn, ist doch bei Erscheinen schon alles wieder ganz anders als bei Redaktionsschluß. Was sich allerdings bisher nicht ändert ist, daß die "kleinen Leute" die Hauptlast tragen sollen. Das heißt auch, daß die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Brennpunkte, unser Schwerpunktthema in dieser Ausgabe, immer schlechter werden. Dennoch sollten die beiden positiven Beispiele Mut machen. In diesem Sinne viel Spaß beim Lesen

Tina

Inhalt

Neues aus der Geschäftsstelle.....	3
Mitgliederversammlung in Nied.....	4
Erklärung der Mitgliederversammlung zur Ausländerfeindlichkeit.....	6
Die Mitgliederversammlung kritisch beleuchtet.....	7
Erzähl den Verlierern vom Ende der Sieger - Hintergründe einer Fotoausstellung.....	9
Mit dem Solidarpakt weiter in die Armut?.....	12
Schwerpunkt: Entwicklung der Brennpunkte.....	12
Eschweger Sozialpädagogischer Arbeitskreis: Nach 21 Jahren Arbeit beendet.....	13
Mietermitbestimmung bei der Wohnbau Gießen.....	17
Neue Brennpunkte entstehen - Zum Beispiel: Raunheim...	20
Die wichtigsten Veränderungen im Arbeitsförderungs- gesetz seit 1. Januar 1993.....	21
Frauengruppen gestern und heute.....	23
3 Jahre Rockmobil in Kassel.....	25
Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfe- initiativen mit neuer Geschäftsstelle.....	28
Dies und das.....	30
Termine.....	32

Herausgeber: Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V.,
Moselstraße 25, 6000 Frankfurt/Main,
Telefon 069/25 00 38, Telefax 069/23 55 84

Titelbild: Nach einer Vorlage der Malgruppe Mühltal, Wiesbaden

Redaktion: Christina Hey

Monika Lorenz, Sabine Kalinock (Schreibarbeiten und Layout)

Druck: Druck-Kollektiv, Gießen

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

NEUES AUS DER GESCHÄFTSSTELLE

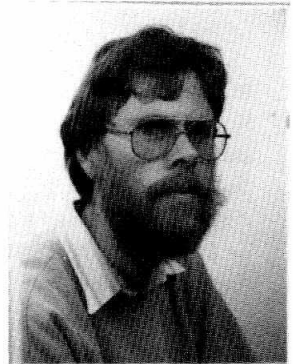
In der Geschäftsstelle hat sich in den zurückliegenden Monaten so einiges getan: Unser langjähriger Jugendbildungsreferent, Günter Pleiner, ist im September ausgeschieden, um an der Hochschule in Erfurt eine Professur für Jugend- und Gemeinwesenarbeit anzunehmen. Wir wünschen Günter auch von dieser Stelle aus noch einmal alles Gute und viel Erfolg bei der Wahrnehmung seiner neuen Aufgabe.



Die Nachfolge im Jugendbildungswerk hat seit dem 15.12.1992 *Elke Schimpf* (s.Foto) übernommen. Elke kommt aus Baden-Württemberg und ist mit der hessischen Brennpunkt"szene" noch weitgehend unbekannt, was sich allerdings sicherlich sehr schnell ändern wird. Die ersten Projektkontakte hat Elke auch bereits hinter sich - zur beiderseitigen Zufriedenheit, wie man man/frau hört.

Leider ist es uns nicht gelungen, die Arbeitsbeschaffungsmaßnahme von Barbara Jöst in der Mädchenarbeit zu verlängern und so ist Barbara zum 31.12.1992 aus der LAG ausgeschieden. Der Arbeitsbereich ist jetzt wieder stärker auf seine eigenen Selbstorganisationsfähigkeiten angewiesen, aber ich bin mir sicher, daß Elke Schimpf in ihrer Arbeit als Jugendbildungsreferentin und Leiterin des Rockmobils schon auch einen Blick auf die Mädchenarbeit in den Sozialen Brennpunkten werfen wird.

Für die seit meiner Ernennung zum Geschäftsführer der LAG unbesetzte Stelle des Referenten für Soziale Sicherung konnte mit *Jürgen Maier* (s.Foto), der vielen aus seiner langjährigen Tätigkeit in der Arbeitsgruppe Gemeinwesenarbeit in der Darmstädter Rodgaustraße bekannt sein dürfte, ein erfahrener Mitarbeiter aus der hessischen Brennpunktarbeit gewonnen werden. Jürgens Erfahrungen in diesem Arbeitsfeld sind bei den sich in diesen Wochen abzeichnenden Angriffen auf nahezu alle Sozialleistungen in der Bundesrepublik - fälschlicherweise von der Bundesregierung auch noch als "Solidarpakt" bezeichnet - mit Sicherheit von großem Vorteil.



Kurz vor Beginn der ganzen Spardiskussionen ist es der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG SHI) noch schnell gelungen, die finanzielle Absicherung einer Geschäftsstelle durch das Bundesministerium für Familie und Senioren zu erreichen. Die Geschäftsstelle wurde als Bürogemeinschaft mit der LAG eingerichtet (Tel. 069/250030) und die Halbtagsstelle konnte mit Wolfgang Scherer, ebenfalls einem alten Bekannten aus der Brennpunktarbeit sowie aus der Sozialhilfebewegung, besetzt werden (s. hierzu auch den eigenen Bericht in dieser Ausgabe).

Auch aus dem Vorstand gibt es personelle Veränderungen zu vermelden: Bernhard Horch hat auf der Mitgliederversammlung am 21. November in Frankfurt den bisherigen Kassenwart Klaus Müller abgelöst und an die Stelle von Bernhard Horch ist Stefanie Paul von der Projektgruppe Margaretenhütte in Gießen als Beisitzerin in der Vorstand nachgerückt. Lorenz Ried, ebenfalls aus der Gießener Margaretenhütte, mußte sein Beisitzeramt im Vorstand aus Gesundheitsgründen leider zur Verfügung stellen.

Lothar Stock

MITGLIEDERVERSAMMLUNG IN NIED

Die diesjährige herbstliche Mitgliederversammlung fand am 21.11.1992 im Bürgerhaus Nied in Frankfurt statt. Das Bürgerhaus diente, wie die TeilnehmerInnen bei der Besichtigung des Kinderhauses Nied in der Mittagspause erfahren, lange Jahre mit einem Kellerraum als Spiel- und Lernstube der Initiativgruppe 'Kind im Nied'.

Das Tagungsprogramm wurde zügig abgearbeitet. Breiten Raum nahm dabei die Verabschiedung des Kassierers Klaus Müller und des Jugendbildungsreferenten und Rockmobil-Initiators Günter Pleiner ein. Beide LAG-Veteranen verlassen die hessische Brennpunktarbeit, um sie auf anderer Ebene fortzusetzen: Klaus Müller als Fortbildungsreferent der BAG Schuldnerberatung und Günter Pleiner als 'Professor für Gemeinwesenarbeit' in Erfurt.

Für Klaus Müller zog Bernhard Horch als Kassierer in den geschäftsführenden Vorstand ein. Dessen Platz als Beisitzer wird nun von Stefanie Paul, Sozialarbeiterin der Margaretenhütte Gießen, eingenommen.

Aus aktuellem Anlaß wurde aufgrund eines Diskussionspapiers der AG Gemeinwesenarbeit Rodgaustraße in Darmstadt die Ausländerfeindlichkeit problematisiert.

In den Brennpunkten machen sich bei ausländischen Mitbürgern Ängste breit, die zum Glück nicht auf konkret gewalttätige Anlässe vor Ort zurückzuführen sind. Durch das Miteinanderleben im Brennpunkt ergeben sich häufig Kontakte zwischen ausländischen und deutschen Bewohnern. Allerdings ist eine zunehmende Aggressivität in Gesprächen über "die" Ausländer bemerkbar. Hier gilt es, dem entgegenzuwirken. Erschwert wird das Bemühen der Sozialarbeit um Ver-

ständnis und Toleranz durch teilweise vorhandene kommunalpolitische Tendenzen, die Randgruppe AusländerInnen/ AsylbewerberInnen gegen die Randgruppe BrennpunktbewohnerInnen auszuspielen. Ziel der Brennpunktarbeit muß es daher bleiben, Gemeinsamkeiten deutlich zu machen und Ausgrenzungen gegeneinander zu vermeiden, da sowohl BrennpunktbewohnerInnen als auch AusländerInnen als Randgruppe nicht zu Sündenböcken gemacht werden dürfen.

Anhand des Diskussionspapiers entwickelte die AG GWA Rodgaustraße eine Resolution gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassenhaß. Der Vorstand erhielt daraufhin von der Mitgliederversammlung den Auftrag, eine Presseerklärung auf Grundlage der Resolution zu erarbeiten und zu veröffentlichen.

Außerdem bewegte sich die Diskussion um Inhalt und Ziel der BewohnerInnentagung. Reinhard Thies bemängelte, daß es an einer Rückmeldung aus den Brennpunkten über eigene Wünsche und Vorstellungen fehle.



Steffi Paul

Vom Vorstand vorgestellte weitere Themen betrafen u.a. den LAG-eigenen Haushalt und die Finanzaussichten der LAG aufgrund der z.Zt. laufenden Haushaltsverhandlungen der Fraktionen im Landtag. Über den Stand der Verhandlungen der Finanzierungsmodelle für die Erziehungshilfe informierte der 1. Vorsitzende Hartmut Fritz und wies auf die große Bedeutung der anstehenden Anhörung zum Hessischen Ausführungsgesetz des Kinder- und Jugendhilfegesetzes hin. Wegen der zügigen Arbeitsweise der Anwesenden konnte die Mitgliederversammlung erstmalig sogar etwas vor der Zeit beendet werden.

Weitere Beschlüsse der Mitgliederversammlung:

- Aufnahme von Klaus Müller als persönliches Mitglied in die LAG
- Ausschluß der AG TUWAS (Dietzenbach) aus der LAG
- Wahl von Bernhard Horch als Kassierer
- Wahl von Stefanie Paul als Beisitzerin
- Erarbeitung einer Presseerklärung zum Thema Ausländerfeindlichkeit

Annette Dittrich

Stellen sich neuen Herausforderungen:



Klaus Müller

*und
Günter Pleiner*



*(Fotos:
Jürgen
Maier)*

**Erklärung der Mitgliederversammlung der
Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. zur
Ausländerfeindlichkeit**

Die Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. hat sich während ihrer Tagung am 21.11.1992 erneut mit dem Thema Ausländerfeindlichkeit und Rassismus in der Bundesrepublik Deutschland befaßt. Die Debatte zeigte, daß die Angriffe gegen Flüchtlinge und EinwanderInnen auch in den Sozialen Brennpunkten ihre Wirkung zeigen.

So haben z.B. ausländische Frauen Angst um ihre Kinder, ausländische wie deutsche Jugendliche haben Zukunftsängste und ausländische BewohnerInnen sehen ihre bisherige Perspektive, hier zu bleiben, in Frage gestellt.

BewohnerInnen aus Sozialen Brennpunkten kennen die Mechanismen der Ausgrenzung, die zur Zeit vor allem Flüchtlinge und EinwanderInnen treffen, aber morgen schon sich auf andere Minderheiten auswirken können.

So wird die Kürzung der Sozialhilfe für Flüchtlinge in die Wege geleitet und gleichzeitig wird schon das Einfrieren der Sozialhilfe für alle erwogen.

Schon jetzt haben BewohnerInnen aus Sozialen Brennpunkten unter Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und mangelhafter sozialer Sicherung zu leiden. Um die Ursachen für diese Zustände zu verschleiern, werden Sündenböcke gebraucht. Rassismus und Sozialabbau sind somit zwei Seiten derselben Medaille.

Die Mitgliederversammlung der LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V. fordert deshalb:

- Keine Änderung der Grundgesetz-Artikel 16 und 19, denn es gilt die Fluchtursachen zu bekämpfen und nicht die Flüchtlinge.
 - Keine Kürzung der Sozialhilfe für Flüchtlinge.
 - Kein Einfrieren der Sozialhilfe für alle Sozialhilfeberechtigten.
- Statt weiteren Sozialabbau fordert die Mitgliederversammlung eine umfassende soziale Sicherung, die allen ein menschwürdiges Leben ermöglicht.

Frankfurt
21.11.1992



(Foto:
Jürgen
Maier)

DIE MITGLIEDERVERSAMMLUNG KRITISCH BELEUCHTET

Der nachfolgende "Im Wortlaut" abgedruckte Brief von Gabi Pilz, Mitarbeiterin der AG Gemeinwesenarbeit in der Darmstädter Rodgaustraße, setzt sich kritisch mit dem Verlauf und den Inhalten der Mitgliederversammlung am 21. November in Frankfurt auseinander. Teile der in dem Brief geübten Kritik finden auch die Zustimmung des LAG-Vorstands sowie der MitarbeiterInnen in der Geschäftsstelle.

Versuche, es besser zu machen, gab es in der Vergangenheit auch schon vielfältige. Nicht zuletzt aus dem Bedürfnis heraus, mehr über die Erwartungen und Wünsche der BewohnerInnen aus den Siedlungen und der MitarbeiterInnen aus den Projekten hinsichtlich der Inhalte und Methoden der jährlichen BewohnerInnen-Tagung im Mai zu erfahren, wurde auf der Mitgliederversammlung im November letzten Jahres beschlossen, ein Frageraster hierzu zu erstellen und dies an die Projekte zu verschicken. Hieran wird in der Geschäftsstelle zur Zeit gearbeitet. Unabhängig davon würden wir uns aber auch über weitere Rückmeldungen von den BewohnerInnen und aus den Projekten zu der von Gabi Pilz angesprochenen Kritik an der letzten Mitgliederversammlung sehr freuen. Nur Mut, sofern einigermaßen leserlich, können die Rückmeldungen auch handschriftlich erfolgen!

Lothar Stock

Im Wortlaut:

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LAG,

seit einem Monat arbeite ich als Jahrespraktikantin in der AG GWA Rodgaustraße in Darmstadt.

Somit war ich am 21. November das erste mal auf einer Mitgliederversammlung der LAG. Ohne daß ich einen Vergleich zu bisherigen Versammlungen habe, möchte ich Euch einige Gedanken von mir und auch aus Gesprächen mit Frauen aus der Rodgaustraße, die an der Versammlung teilgenommen haben, mitteilen:

Für die BewohnerInnenvertreterInnen ist es schwierig, junge Frauen und Männer zur Teilnahme an der MV zu motivieren.

Die Arbeitsweisen von Hauptamtlichen und BewohnerInnen von Sozialen Brennpunkten sind so verschieden, daß lange "Sitz"ungen, während denen nur geredet und diskutiert wird, von den BewohnerInnen oft als nutzlose Zeit verstanden werden.

In einer Versammlung, in der nicht nur Hauptamtliche Mitsprache- und Entscheidungsrecht haben, sondern auch die BewohnerInnen der Sozialen Brennpunkte, sollten auch die Arbeitsmethoden so gewählt werden, daß alle Beteiligten gleichberechtigt mitreden können und allen deutlich wird, daß ihre Meinung auch gefragt ist.

An der Versammlung am 21.11. ist mir aufgefallen, daß der Bericht des Vorstandes und Wahlen

1. zeitlich viel Raum eingenommen haben,
2. fast ausschließlich von Hauptamtlichen vorgestellt, durchgeführt und diskutiert wurden und

3. viele der nicht aktiv an Bericht und Wahlvorbereitung bzw. -durchführung Beteiligten durch das lange Zuhören in eine passive Haltung verfielen, weil wenig Beteiligungsmöglichkeiten für sie vorhanden waren.

Erst als 3/4 der Versammlung vorbei waren, wurden BewohnerInnen gefragt, welche konkreten Wünsche sie an zukünftige Veranstaltungen der LAG haben. Meinungsäußerungen von BewohnerInnen mußten regelrecht "rausgekitzelt" werden. Viele haben nichts dazu gesagt, vielleicht sogar in der großen Runde sich nicht getraut etwas zu sagen, u.a. wohl auch weil Hauptamtliche oft für sie geredet haben und die BewohnerInnen so schnell gar nicht aus ihrer passiven ZuhörerInnenrolle herauskommen konnten. Bis zu diesem Zeitpunkt fiel es vielen schwer, sich überhaupt noch konzentrieren zu können.

Vielleicht wäre es hilfreich gewesen, die BewohnerInnen in einer eigenen Arbeitsgruppe gerade zu diesem Thema zu befragen und mit ihnen über ihre Bedürfnisse an Veranstaltungen der LAG zu diskutieren. Es ist für mich immer ein komisches Gefühl, wenn Hauptamtliche über die Bedürfnisse der BewohnerInnen diskutieren und entscheiden.

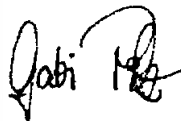
Vorschläge für zukünftige MV's wären:

- * die Versammlung und die Themen methodisch aufzulockern,
- * Möglichkeiten von Kleingruppen zu nutzen, auch wenn es zeitintensiver ist,
- * Methoden zu wählen, durch die den BewohnerInnen deutlicher gemacht wird, daß ihre Meinungen und Ideen gefragt sind und nicht Hauptamtliche über ihre Köpfe hinwegreden,
- * BewohnerInnen schon im Vorfeld in die Planung der MV zu integrieren und ihnen somit das Gefühl vermitteln, daß es ihre MV ist und ihre Meinung auch gefragt ist und sie die Arbeit und die Inhalte der LAG mitbestimmen können
und
- * eine Versammlung räumlich aufzulockern, z.B. Mittagessen und Versammlung voneinander zu trennen.

Die Möglichkeit des Kennenlernens oder des Austauschs war durch die kurze und dazu als Besichtigung des Projekts "Kind im Nied" genutzte Mittagspause stark reduziert. Besuche von Projekten sind sehr zu begrüßen, sollten jedoch die Pausen nicht einengen.

Ansonsten war es für mich sehr interessant, die Arbeit der LAG kennenzulernen und ich bin schon gespannt auf die nächsten Veranstaltungen. Auf eine Reaktion von Euch würde ich mich sehr freuen.

Viele Grüße



(Gabi Pilz)

**ERZÄHL' DEN VERLIERERN VOM ENDE DER SIEGER
- HINTERGRÜNDE EINER FOTOAUSSTELLUNG**

Sie sehen Bilder!
Niemand wird Ihnen was erzählen.
Seien Sie unbesorgt.

Oder haben Sie etwa schon gehört?
Im Obdachlosenbericht der Stadt Wiesbaden:
"Der schöne Schein des Äußeren trägt:
Hinter verputzten Fassaden, in Wohnungen mit Bad und
Zentralheizung sind Lebensbedingungen konserviert worden,
die noch geprägt sind von Einkommensarmut und niedrigem
Qualifikationsniveau."
Das hat gegessen.
Doch wer redet über wen?

Sehen Sie Bilder!
Hier lachen und weinen Menschen.
Das Leben ist vielfältiger als die Sprache.
Und schöner!

Niemand wird Ihnen etwas erzählen.
Seien Sie unbesorgt.
Hören Sie,
und wenn es sein muß in sich selbst.

(Einleitungstext zur Ausstellung)



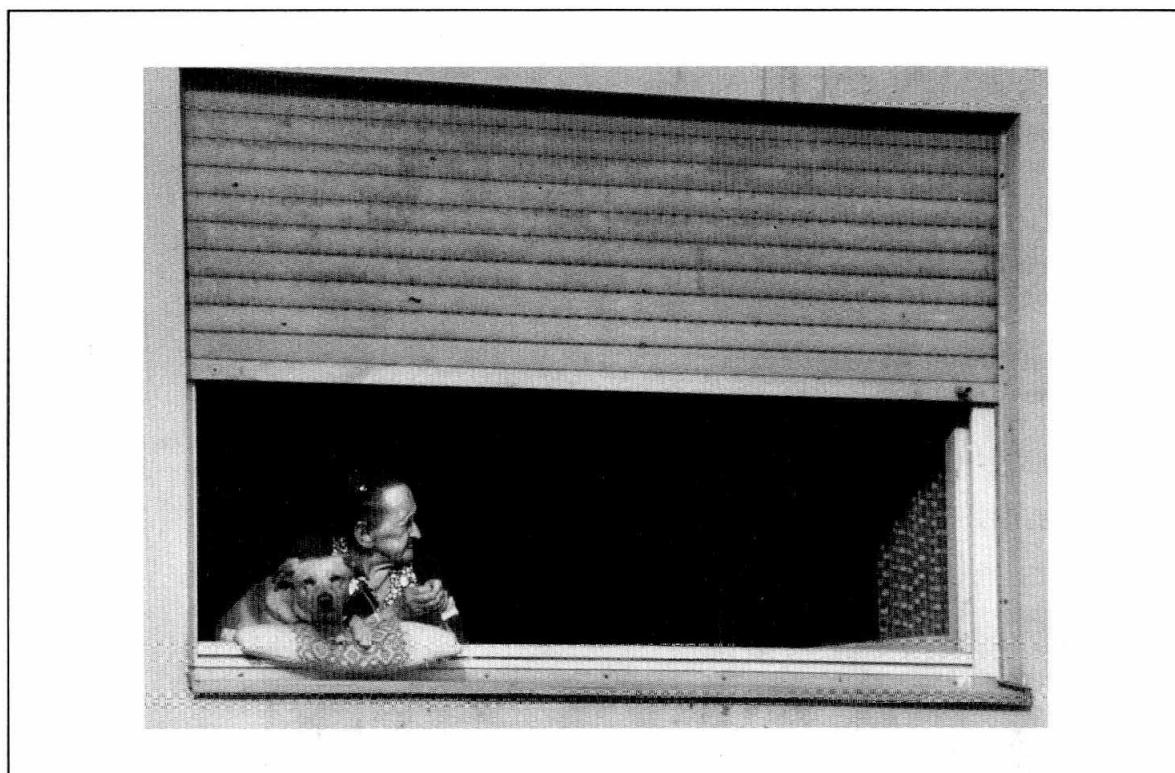
SIEDLUNGEN UND PROJEKTE

Vorab:

Die ausgestellten Bilder stellen einen Extrakt aus zweijähriger (sozialpädagogischer) Arbeit mit und zwischen Menschen dar.

In dieser Zeit haben Veronika Steiner-Ax und ich mit Mädchen, Jungen, Frauen und Kindern des Sozialen Brennpunktes Presberger Straße unzählige Bilder fotografiert, um nachfolgend dieselben in unserem Fotolabor zu entwickeln, zu vergrößern, zu schneiden, wegzuwerfen oder, und dies möge am häufigsten gewesen sein, irgendwo in einem Zimmer dieser Siedlung an die Wand zu hängen.

Diese Bilder sind somit nicht nur Ausdruck der Menschen, sondern auch ein Produkt ihrer selbst.



Nun:

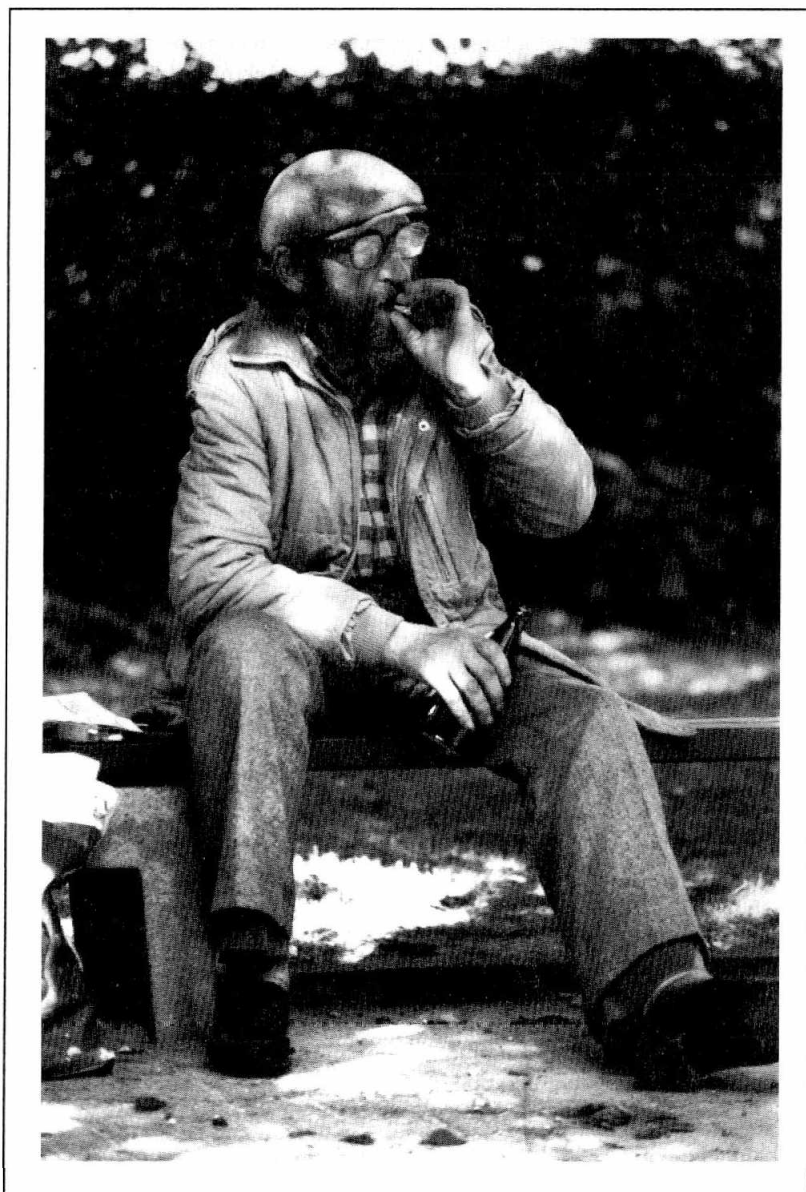
Bilder haben Hintergründe. Sie sind nicht so glatt wie ihre Oberfläche, sie sind vielschichtig, unergründlich tief, verengend in ihrer Perspektive. Und sie erzählen beim Betrachten Geschichten; Geschichten, die wichtiger sind als in Zimmern ungehört zu verhallen, denn sie erzählen von Glück, Trauer, Freude, Unverständnis und Sorgen dieser Menschen in ihrer Welt:

Da sind die Alten, die aus den Fenstern den Autoverkehr beobachten, die Kinder, die hinter Kindergartenzäunen scheinbar eingesperrt auf Freiheit hoffen, die Jungs, ein jeder stärker als Rambo, die Mädchen Arm in Arm, und da sind die Häuser und Fenster mit Gardinen so schwer, daß kein Bild sie stören könnte.

All diese Bilder sind authentisch, sie sind echte, glaubwürdige Welt. Sie sind nicht der Marlboro-Mann in der weiten Prärie und nicht der "Ich gönne mir ja sonst nichts"-Spruch einer übersatteten Gesellschaft.

An diesem Punkt beginnt unsere Ausstellung. Die Hoffnung war vielleicht, die Scheinwelt eines besseren zu belehren, und wo hätte dies besser gelingen können, als an den Orten, wo diese Welt grundlegend materiell und ideell gestaltet und verwaltet wird: in unserem Fall das Rathaus Wiesbaden.

So kamen die Politiker endlich Tag für Tag in unsere Welt. Im Vorübergehen zwar - aber immerhin.



Die Fotoausstellung wird ab Februar 1993 im Jugendamt Wiesbaden und danach an der Fachhochschule Wiesbaden zu sehen sein.

Wir leihen die Ausstellung gerne an Interessierte aus.

Marek Körner
Sozialzentrum Presberger Straße

ENTWICKLUNG DER BRENNPUNKTE

Auf der BewohnerInnentagung letztes Jahr haben wir uns die Entwicklung der Brennpunkte an zwei Beispielen näher angeschaut und uns überlegt, was sich daraus für die Gemeinwesenarbeit vor Ort ergibt. In dieser Ausgabe der LAG-Zeitung wollen wir das Spannungsfeld aufzeigen, in dem diese Frage zur Diskussion steht und wie darauf reagiert wird.

Bei unserem ersten Beispiel aus Eschwege beendet der Sozialpädagogische Arbeitskreis nach 21jähriger Tätigkeit seine Arbeit in der Siedlung. Mit der Sanierung der Siedlung sieht er sein Ziel erreicht.

Bei unserem zweiten Beispiel aus Gießen soll versucht werden, nach erfolgreicher Sanierung mit Hilfe der Einrichtung eines Mieterbüros Einfluß zu nehmen über die Brennpunkte hinaus auf die Absicherung von Mietern im Sozialen Wohnungsbau.

Und schließlich wird im letzten Beitrag aus Raunheim deutlich, daß man Entwicklung der Brennpunkte zunehmend auch wieder anders verstehen muß: als Herausbildung neuer Brennpunkte.

Christina Hey

MIT DEM "SOLIDARPAKT WEITER IN DIE ARMUT?"

Nachdem in den vergangenen Wochen fast täglich neue Sparversionen zum sogenannten "Solidarpakt" in der Öffentlichkeit diskutiert wurden, sollen die Kürzungsvorschläge nunmehr in diesen Tagen zwischen der Bundesregierung und den Ministerpräsidenten der Länder konkret abgestimmt werden. In dieser Phase der Debatte appelliert die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. (LAG) an die politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen, die geplanten Kürzungen, vor allem im Bereich der Arbeitsförderung und der Sozialhilfe, nicht vorzunehmen. Es kann nicht angehen, daß gerade diejenigen, deren Einkommen zur Führung einer menschenwürdigen Existenz am Rande des Existenzminimums schon jetzt nicht ausreicht, zur Finanzierung der deutschen Einheit und zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes erhalten müssen.

Die Erfahrungen der täglichen Arbeit in Sozialen Brennpunkten mit kinderreichen, einkommensschwachen Familien, alleinerziehenden Müttern, Jugendlichen ohne berufliche Perspektive, Erwerbslosen und Menschen in Wohnungsnot zeigen, daß der weitere Ausbau von existenzsichernden Maßnahmen notwendig ist, anstatt durch Kürzungen bei den Sozialleistungen eine Verschärfung der Armut bei den Betroffenen hervorzurufen.

Über viele Jahre hinweg hat die LAG, im Verbund mit den örtlichen Initiativen und Projekten in Sozialen Brennpunkten und gemeinsam mit den dort wohnenden Bürgerinnen und Bürgern, Perspektiven für ein Leben ohne Armut entwickelt. Diese dürfen durch konzeptionslose Sparaktionen nicht gefährdet werden!

Jürgen Maier/Lothar Stock

**ESCHWEGER SOZIALPÄDAGOGISCHER ARBEITSKREIS:
NACH 21 JAHREN ARBEIT BEENDET**

Zur Beendigung seiner Arbeit in der Diebach-Siedlung in Eschwege hält der Verein Rückschau auf 21 Jahre Anstrengungen zur Verbesserung der Lebenssituation der SiedlungsbewohnerInnen. Zur Anregung für unsere Leser, die eigene Siedlungsentwicklung und Projektarbeit zu erinnern und zu bilanzieren, drucken wir den Vereinsrückblick hier in Auszügen ab.

I. 1971 - 1974: Die Zeit der Vereinsgründung

Im Oktober 1971 beschlossen Pastor Stein von der evangelisch - methodistischen Kirche und ich, vielen theoretischen Diskussionen über das Obdachlosenproblem und vielen "... man müßte eigentlich ..." auch Taten folgen zu lassen. Wir waren entschlossen, einen Arbeitskreis aufzubauen, der sich zum Ziel setzen sollte, die Schul- und Lebensbedingungen der Kinder am Diebach zu verbessern.

Wir wollten unsere Arbeit in kleinen überschaubaren Schritten beginnen und glaubten, daß sich die Form der Hausaufgabenbetreuung als erster Schritt der konkreten Hilfe am besten eigne. Mehrere Gymnasiasten, Hausfrauen und Lehrer stießen zu unserer Gruppe und waren bereit, jeweils einmal nachmittags bei der Hausaufgabenhilfe mitzuwirken.

Folgende Überlegungen spielten während der Gründungsphase unserer Initiativgruppe eine große Rolle:

a) Wir wollten illusionslos und geduldig mit den Behörden verhandeln. Unser Ziel: Keine revolutionären Thesen, mit denen auf einmal alles heil gemacht werden soll, sondern Bewußtseinsänderung durch sachliche Argumentation.

b) Unsere Arbeit sollte in kleinen, überschaubaren Schritten beginnen. Die Belastung der freiwilligen Mitarbeiter durfte nicht zu groß sein.

c) Wir verstanden unsere Arbeit von Anfang an nicht als soziale Tat der Mitarbeiter, sondern als Möglichkeit, die Bewohner zu Eigenverantwortung und eigenem Handeln anzuregen. Von Beginn unserer Arbeit an versuchten wir, mit den Bewohnern möglichst eng zusammenzuarbeiten.

Rückblick auf die Jahre 1971 - 1974:

15.11.71: Beginn der Hausaufgabenhilfe im Haus des Verwalters Braun (Am Diebach 3 mit etwa 15 freiwilligen Mitarbeitern. Aktivitäten: Tägliche Hausaufgabenbetreuung, Versammlungsabende mit den Bewohnern, Kontaktaufnahme zu den Behörden.

Juni 72: Erstes Kinderfest auf der Wiese; erstmalige finanzielle Unterstützung vom Magistrat der Stadt Eschwege.

September 72: Eine Wohnung im Erdgeschoß des Hauses Nr. 11 wurde für unsere Arbeit bereitgestellt.

Oktober 72: Kontaktaufnahme zum Landesjugendamt Hessen. Diskussion um die Einrichtung einer Spielstube in der Diebach-Siedlung.

November 72: Gesprächsrunde mit dem Bürgermeister, den Bewohnern und dem SPA in der Heuberg-Gaststätte. Gesprächsinhalt: Problem der Trägerschaft, Verbesserung der Wohnsituation am Diebach.

April 73: Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen der Stadt Eschwege und dem Sozialpädagogischen Arbeitskreis (SPA). Ziel dieser AG: Obdachlosig-

SCHWERPUNKT ENTWICKLUNG DER BRENNPUNKTE

keit, ihre Ursachen und Folgen in Eschwege zu beseitigen und zu verhindern. Damit erklärte sich die Stadt Eschwege erstmals für die Zielsetzung des SPA mitverantwortlich.

September 73: Umwandlung der Arbeitsgemeinschaft in einen Verein. Die Stadt Eschwege verpflichtet sich, die Arbeit des Sozialpädagogischen Arbeitskreises e.V. finanziell zu fördern und ihm bei der Erfüllung der Zielsetzungen behilflich zu sein.

Dezember 73: Einweihung unserer Spielstube in einer 2. Erdgeschoßwohnung am Diebach 11. Einstellung einer bezahlten Halbtagskraft.

1974: Auszugswillige Familien wurde geholfen, anderweitig Wohnraum zu finden. Dadurch konnten die kinderreichen Familien jeweils einen zusätzlichen Wohnraum erhalten. Die Stadt installierte in allen Wohnungen Bäder. Die Bewohner bemühten sich um die Verschönerung der Siedlung: Treppenhäuser wurden gestrichen; Wohnungen wurden renoviert; die Außenanlage wurde mit Büschen bepflanzt.

II. 1975 - 1985: Die Zeit der ausdauernden, harten Arbeit

Der Start unserer Arbeit wurde von der großen Einsatzbereitschaft vieler freiwilliger Mitarbeiter getragen. Zeitweilig arbeiteten bis zu 30 Helfer Woche für Woche am Diebach. Bindungen und Freundschaften mit Familien wurden geschlossen, die über die Jahre bis heute Bestand haben.

Im Laufe der Zeit wurde uns bewußt, daß die vielfältigen Aktivitäten nicht nur auf den Schultern ehrenamtlicher Kräfte ruhen konnten. Unser Verein versuchte deshalb, bezahlte Fachkräfte einzustellen, die mit der Zeit die Hauptlast der Arbeit übernehmen sollten. Ende der 70er Jahre konnten wir unsere Mitarbeiterstellen auf 1 1/2 Kräfte ausweiten. Hinzu kam noch eine Praktikantenstelle, die von Jugendlichen besetzt wurde, die ein freiwilliges soziales Jahr absolvierten.

Freiwillige und hauptamtliche Mitarbeiter arbeiteten in den Jahren 1975 bis 1985 eng zusammen. Dank dieser Teamarbeit wurden unsere Räume am Diebach zu einer Sozialstation ausgebaut und als solche genutzt. Eine Fülle von Aktivitäten ging von den Mitarbeitern aus. Die wichtigsten seien hier kurz aufgezählt:

- Familienberatung und Betreuung,
- Kochkurs mit Müttern,
- Beratung von Eschweger Familien, die von Obdachlosigkeit bedroht waren,
- Jugend- und Freizeitgruppen in der Altstadt und am Diebach,
- Bastel- und Spielgruppe,
- Handarbeitsgruppe,
- Wandertage mit den Bewohnern,
- Zeltlager im Freizeitzentrum,
- Jährliche Kinderfeste und Weihnachtsfeiern,
- Wanderfreizeiten mit Jugendlichen in Jugendherbergen und Heimen,
- Monatliche Bewohnerversammlungen,
- Tägliche Betreuung von Kleinkindern in unserer Spielstube,
- Tägliche Hausaufgabenhilfe für die Schulkinder.

Im Jahr 1979 wurde der SPA mit dem Paul-Dierichs-Preis der "Hessischen Allgemeinen" ausgezeichnet. Dies war eine in der Öffentlichkeit vielbeachtete Anerkennung unserer sozialpädagogischen Arbeit in Eschwege.

III. 1986 - 1991: Die Zeit der Sanierungsplanung und Sanierungsdurchführung

Die im vorigen Abschnitt beschriebenen Aktivitäten des SPA kamen den Bewohnern zugute. Sie stärkten ihr Selbstbewußtsein und gaben vielen wieder neuen Lebensmut. An der Struktur des Diebach änderte sich jedoch dadurch nichts. Der Diebach blieb, was er war - ein schäbiges Wohnviertel, in dem

obdachlose Menschen getthoartig wohnten. Vielen Familien waren wir behilflich, anderweitig Wohnraum zu finden. Diese Bemühungen führten jedoch nicht zu einer erheblichen Minderung der Bewohnerzahl. Es wurden vielmehr verstärkt Einzelpersonen mit großen Lebensproblemen in das Diebach-Gebiet zwangseingewiesen. Dadurch konnte keine Beruhigung der Wohnsituation am Diebach eintreten. Uns wurde bewußt, daß durch noch so gut gemeinte Sozialarbeit allein das Diebach-Gebiet nicht saniert werden konnte. Wir mußten, so die damaligen Überlegungen, verstärkt mit den politisch Verantwortlichen verhandeln, damit die Sanierung des Diebach als eine wichtige kommunalpolitische Aufgabe anerkannt wurde.

1986 kam uns eine Untersuchung des "Instituts Wohnen und Umwelt" über die Wohn- und Lebenssituation der Diebach Bewohner zu Hilfe. Das Ergebnis der Untersuchung zeigte, daß die Bausubstanz der Häuser dringend renovierungsbedürftig war, zu wenig Wohnraum für Familien mit Kindern zur Verfügung stand und zu viele alleinstehende Menschen am Diebach untergebracht waren. Der SPA nahm die Auflistung der Wohnmißstände zum Anlaß, dem Magistrat ein Arbeitspapier mit Thesen zur Sanierung des Diebach vorzulegen.



Erfreulicherweise bedurfte es keiner großen Überredungskunst, um die Verantwortlichen der Stadt von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß die Obdachlosenpolitik in Eschwege änderungsbefürftig war. Im Verlauf mehrerer Sitzungen und in Gesprächen mit dem Bürgermeister entstand bereits 1986 folgendes Konzept, das in den nächsten Jahren zur Sanierung des Obdachlosengebietes "Am Diebach" führen sollte: Es wurden keinen neuen Obdachlosenfälle eingewiesen. Ein Haus sollte wegen der schlechten Bausubstanz abgerissen werden. Die übrigen Wohnblocks sollten so saniert werden, daß die Wohnungen dem Anspruch des "sozialen Wohnungsbaus" entsprachen.

Zeitlich parallel zur fortschreitenden Sanierung veröffentlichte der Magistrat 1989 einen wichtigen Beschluß zur "Verbesserung der Lage der Obdachlosen in Eschwege". In diesem mutigen Beschluß verpflichtete sich der Magistrat, die Entstehung von Obdachlosigkeit in Eschwege möglichst zu verhindern, dem Diebach den Status eines Obdachlosengebietes zu nehmen und keine neuen Obdachlosensiedlungen zu schaffen. Die Verantwortlichen der Stadt hatten erkannt, daß die scheinbar einfachste Lösung der Obdachlosenproblematik (Einweisung der Menschen in ein Ghetto) eigentlich die teuerste und unmenschlichste ist, wenn man die Folgekosten und Folgeschäden an den Menschen mitberücksichtigt.

SCHWERPUNKT ENTWICKLUNG DER BRENNPUNKTE

In den Jahren 1989-1991 bestand eine Hauptaufgabe unseres Vereins darin, die Sanierungsmaßnahmen beratend zu begleiten und Mittler zwischen Behörden und Bewohnern zu sein. Mit Sachkompetenz und großem Engagement unterstützten uns hierbei Mitarbeiter der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen. Wir versuchten, Ängste und Vorurteile bei den Bewohnern durch Gespräche abzubauen. Unser Bestreben war es vor allem, die Betroffenen so eng wie möglich in die Planungsdiskussion mit einzubeziehen. So waren wir sehr froh, daß einige Bewohner bei der Gestaltung der Außenanlagen über ABM-Maßnahmen mitwirken konnten. Gemeinsam mit den Vertretern des "Treffpunkt für junge Arbeitslose" (dieser Verein übernahm mit seinen Mitarbeitern die Planung und Gestaltung der Außenanlagen) wurde im Juni 1991 die Fertigstellung der Sanierungsmaßnahmen am Diebach gefeiert.

IV. 1992: Die Arbeit des Vereins wird beendet

20 Jahre nach Beginn unserer Arbeit waren wir damit der Zielsetzung unseres Vereins, "Obdachlosigkeit und deren Auswirkungen auf Menschen zu verhindern", sehr nahe gekommen. Es ist deshalb selbstverständlich, daß wir uns im Jahr 1992 verstärkt Gedanken über die Zukunft des Vereins machten. Die eigentliche Zielsetzung, den Diebach in ein menschenwürdiges Wohngebiet umzuwandeln, war erreicht. Allerdings bestand und besteht noch die Notwendigkeit, wichtige unterstützende Aktivitäten wie Hausaufgabenhilfe und Familienberatung fortzuführen.

Die Zusage des Diakonischen Werkes, unsere Arbeit zu übernehmen und sogar auf das Heuberg-Gebiet auszuweiten, kam uns deshalb sehr gelegen. Wir können uns nach 21 Jahren Sozialarbeit zurückziehen, ohne daß unsere Arbeit ganz eingestellt wird. Die Sozialstation am Diebach wird zunächst weitergeführt. Gleichzeitig soll am Heuberg ein neues Sozialzentrum mit anderen Zielsetzungen entstehen.

Im Laufe der 21 Jahre unserer Arbeit hat es sich erwiesen, daß die Notlage von Menschen nicht als unabänderlich hingenommen werden muß. Durch den persönlichen Einsatz von Bürgern und durch das umsichtige, partnerschaftliche Handeln von Behörden konnte in Eschwege etwas getan werden für Mitbürger, die am Rande unserer Gesellschaft lebten.

Norbert Schrinner



(Fotos: Sozialpädagogischer Arbeitskreis)

**MIETERMITBESTIMMUNG BEI DER WOHNBAU GIESSEN
MIETERMITBESTIMMUNG - WAS IST DAS?**

Die Mietermitbestimmung aktuell:

Die Wohnbau Gießen ist ein gemeinnütziges Wohnungsunternehmen, das der Stadt gehört. Es ist der Wohnungsversorgung breiter sozialer Schichten in Gießen verpflichtet, und dazu gehören auch die MieterInnen in den Sozialen Brennpunkten. "Als moderner Dienstleistungsbetrieb ist die Wohnbau für ihre MieterInnen da!" (O-Ton des Geschäftsführers) und ihre Interessen müssen verstärkt in die Geschäftspolitik mit einfließen (Beschlußlage des Stadtparlaments).

Aus diesem Grunde wurden in den Stadtteilen Bezirks-Mieterräte gewählt, die in zentralen Mieterfragen bei der Wohnbau in den Bezirken mitbestimmen/mitwirken/informiert werden. Delegierte aus den Bezirken haben im Januar einen Unternehmensmietererrat gewählt, der als satzungsmäßiges Organ der Wohnbau Gießen GmbH die Interessen der MieterInnen vertreten soll. Die MieterInnen sollen mit 2 Sitzen im Aufsichtsrat der Wohnungsbaugesellschaft vertreten sein. Die MieterInnen der drei Gießner Brennpunkte haben gemeinsam einen Bezirksmietererrat gewählt.

Das Mieterbüro:

Mit der Einrichtung eines Mieterbüros ist die Möglichkeit gegeben, die Mitbestimmungsstrukturen mit Leben zu füllen. Das heißt: den Aufbau der Mieterselbstorganisation voranzutreiben, MieterInnen zu beraten und in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und ihres Mandates zu unterstützen.

Die Mieterräte aus den Sozialen Brennpunkten, aktive MieterInnen aus anderen Stadtteilen und die Gießner Gemeinwesenprojekte engagieren sich schon lange in der stadtteilbezogenen Mitbestimmung der MieterInnen und sehen in dem Ausbau der Mitbestimmung die Chance, die soziale Umwelt mit zu gestalten und dauerhaft die Sozialbindung für einen großen Bestand der Gießner Mietwohnungen zu sichern.

Die Beteiligung der LAG:

Da die Mitbestimmung von SozialmieterInnen als satzungsmäßig verankertes Recht in Gießen und auch in Hessen relativ neu ist, hat die LAG Soziale Brennpunkte die Trägerschaft für das als Modellprojekt befristete "Mieterbüro Gießen" übernommen. So soll zum einen die lange Erfahrung der LAG bei der Beteiligung der BewohnerInnen für ihre Stadtteile miteinfließen und das Engagement zur Sicherung des elementaren Rechts auf Wohnen fortgesetzt werden. Auch die Übertragbarkeit dieses Ansatzes auf andere Kommunen soll überprüft werden. Als Mitarbeiter im Mieterbüro hat die LAG zunächst befristet Michael Schott aus Gießen eingestellt und hofft auf weitere Förderung zur Fortsetzung des Projekts.

Die rechtliche Grundlage:

Mit dem Wegfall des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG) zum 1.1.90 galt es, für die Wohnbau Gießen GmbH eine neue Satzung als Geschäftsgrundlage zu entwerfen. Der Wohnbau Gießen GmbH gehören etwa 10.000 Wohnungen, davon 7.000 Sozialwohnungen (etwa 70% aller Gießner Sozialwohnungen). Die Wohnbau Gießen GmbH, als stadteigene, vormals gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft, ist in ihrer Zielformulierung an die Vorgaben

SCHWERPUNKT ENTWICKLUNG DER BRENNPUNKTE

durch die Mehrheitsfraktionen des Stadtparlamentes gebunden. Erklärtes Ziel war hier die Fortschreibung der Sozialbindung, Bestandssicherung und die Selbstbindung der Gesellschaft analog dem WGG. Neu hinzu kam die Einführung der Mitbestimmung durch die MitarbeiterInnen und die MieterInnen, sowie deren Selbstorganisation in Bezirken und auf Unternehmensebene.

Die Geschichte:

Die *Mietermitbestimmung* hat in Gießen schon etwas Geschichte. Seit 1985 gibt es in den drei sozialen Brennpunkten MieterInnen-Räte, die sich für die Interessen der SiedlungsbewohnerInnen einsetzen und in zentralen Fragen Anregung geben und mitentscheiden.

Etwa zur gleichen Zeit wurde als Begleitmaßnahme zur umfangreichen Sanierung der drei Stadtteile ein *Sanierungsbeirat* eingerichtet, der im Verlauf der Sanierung die Bewohnerbeteiligung sicherstellen soll. Stimmberechtigte Mitglieder des Beirates sind: die Magistratsvertreter, die Parteien des Stadtparlamentes, die Stadtteilprojekte und die Mieter-Räte. Beratend sind hier die Wohnbau Gießen GmbH und die Wohlfahrtsverbände vertreten.

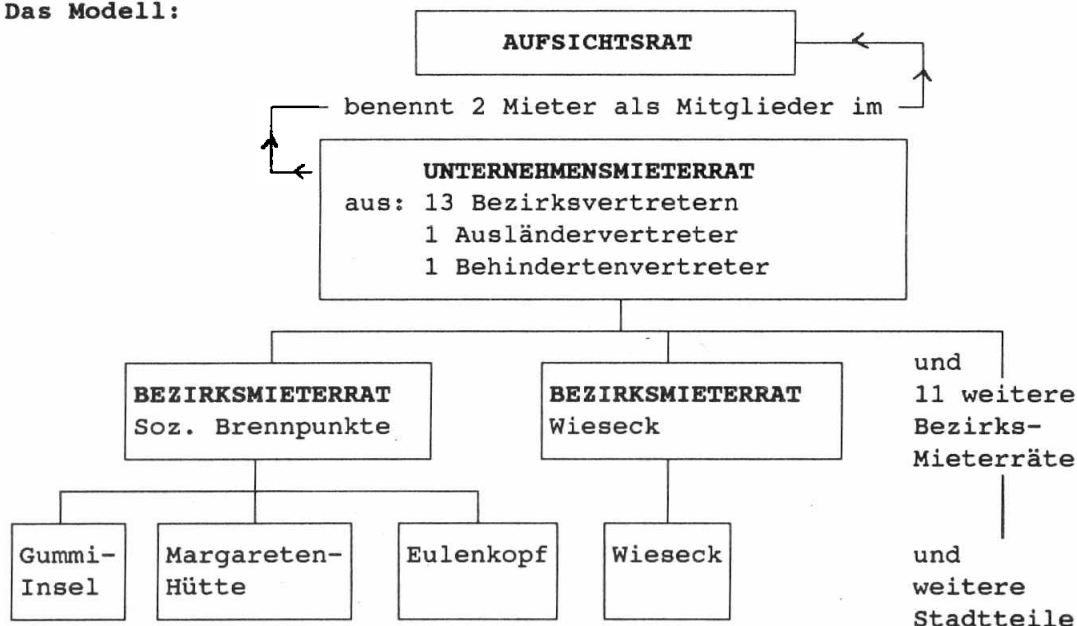
Aus diesem Zusammenhang hat sich eine lose Zusammenarbeit der Mieter-Räte entwickelt. Im Laufe der Zeit kamen verschiedene aktive MieterInnen aus weiteren Stadtteilen hinzu.

Im Anschluß an eine *Anhörung zur Mietermitbestimmung* mit Experten des Institutes für Wohnen und Umwelt und Vertretern des Mietervereins der Heimat Siedlung aus Frankfurt, bildete sich der "Gesamtmieterrat". Dieser lose Zusammenschluß aktiver MieterInnen traf sich in der Folgezeit zum Erfahrungsaustausch, zu gemeinsamen Fortbildungen und setzte sich für die Umsetzung der Mietermitbestimmung bei der Wohnbau Gießen ein.

In einem Schreiben an den Aufsichtsratsvorsitzenden der Wohnbau Gießen GmbH formulierte der Gesamtmieterrat schon 1989 wichtige Punkte zur Mietermitbestimmung und brachte sie als *Forderung* in die kommunalpolitische Diskussion ein. Neben der satzungsmäßigen Verankerung der Mitbestimmung bei der Wohnbau waren weitere Schritte zum Aufbau der Selbstorganisation, Beratung und Unterstützung der MieterInnen zu realisieren.

Im Herbst 92 wurden die ersten Bezirksmieterräte gewählt.

Das Modell:



Stimmen aus den Siedlungen

Die BewohnerInnen:

Lorenz Ried, Mieter bei der Wohnbau Gießen, Bewohner des sozialen Brennpunktes Margaretenhütte und seit Jahren engagiert im Mieterrat - vielen bekannt als Vorstandsmitglied der LAG

zu seinem Engagement in Mieterrat:

"...im Mieterrat setzen wir uns dafür ein, daß es bessere Wohnungen gibt, die Mieten günstig bleiben. Wir wollen wohnen wie die Leute in der Innenstadt auch, wir müssen so lang weitermachen bis der letzte Schlichtbau fällt",

zu seiner Delegation vom Bezirksmieterat:

"...bei der Wohnbau müssen wir darauf achten, daß die Reparaturen und die Neubauten zu vernünftigen Mieten führen, für Wohnungssuchende müssen genügend Sozialwohnungen gebaut werden, über die LAG kann dieses Modell auch in andere Städte übertragen werden", und er fährt dann auch gerne wieder auf Bewohnerversammlungen, um darüber zu informieren;

Auf die Frage, daß Mietermitbestimmung ja kein einfaches Geschäft sei:

"...da müssen wir halt schauen, daß noch ein paar Leute dazukommen, und mit ein paar gescheiterten Leuten kann auch mehr bewegt werden".



Der Unternehmensmieterrat. Ganz links ein alter Bekannter, Lorenz Ried von der Margaretenhütte. (Foto:Örtliche Presse)

Die GemeinwesenarbeiterInnen:

"...in der Gemeinwesenarbeit ist es unser Ziel, mit den BewohnerInnen aus den Brennpunkten deren gesellschaftlicher Ausgrenzung entgegenzuarbeiten, elementare Sozialstaatsprinzipien einzuklagen und umzusetzen, sowie Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe und Mitbestimmung aufzuzeigen und zu gestalten. Die Ausdehnung der Partizipation auf weitere, über die Stadtteilgrenzen hinausragende gesellschaftliche Teilbereiche, wie Arbeiten (gewerkschaftliche Organisation), Leben (Genossenschaften oder Mietermitbestimmung) und kulturelle Teilhabe (Organisation in Parteien, Verbänden und Vereinen) scheint da nur logisch.

Vor dem Hintergrund der auslaufenden Sozialbindung bei einem Großteil der günstigen Mietwohnungen, die in den 60er Jahren gebaut wurden, müssen heute neue Wege begangen werden, um in Zukunft die Rechte von Sozialmietern zu sichern."

Peter Matzke

NEUE BRENNPUNKTE ENTSTEHEN - ZUM BEISPIEL: RAUNHEIM

Heute möchte ich etwas über die Wandlung der Obdachlosenpolitik und Unterbringung in der Stadt/Gemeinde Raunheim berichten. Meine Kindheit verlebte ich bis 1965 in der Waldstraße in Raunheim. Es handelte sich um Doppelhäuser, die, wie auch später in der Aussiger-, Schleusen-, Uhland- und Schulstraße, von den "armen Menschen" bewohnt waren. Das Problem der Obdachlosigkeit war noch nicht so massiv, und die Wohnflächen waren zwar einfach, aber für die Personen ausreichend (d.h. Kohlenheizung, Außenaborte, pro Person ca. 20 qm etc.).

Unsere Familie und Nachbarn erlebten keine abfälligen Bemerkungen, da Integration in der damaligen Gemeinde Raunheim gegeben war. In den sechziger Jahren vollzog sich der Bau einer großen Wohnsiedlung im Westen, und die Einwohnerzahl stieg erheblich. Es folgten Wohnraumkündigungen, und die Stadt war genötigt, Unterkünfte zu schaffen. So wurden wir in der Waldstraße mit Versprechen gelockt und in die Neubausiedlung umgesiedelt. Die Wohnungen in der Waldstraße wurden zunehmend so belegt, daß pro Person nur noch ca. 10 qm an Fläche zur Verfügung stand. Inzwischen ist eine Überbelegung entstanden, und es stehen nur noch ca. 8 qm pro Person zur Verfügung. Ein neuer Außenanstrich im letzten Jahr und die Verlegung der Außenaborte in eine Kellertoilettenanlage ist die einzige Verbesserung. Inzwischen ist auch der Personenkreis stigmatisiert, und von "denen aus der Waldstraße" wird gesprochen.

Das Haus Aussigerstraße gilt wegen der erfolgreichen Sanierung nicht mehr als Obdachlosenunterkunft. Die Schulstraße wurde und die Schleusenstraße wird abgerissen und es entstehen neue Wohnungen. In der Uhlandstraße gibt es feste Mietverträge, und so bleibt in Raunheim gemäß der Bestandsaufnahme durch das IWU im Jahre 1986 die Waldstraße der einzige Soziale Brennpunkt. Eine Sanierungsabsicht im Jahr 1991 wurde nach Prüfung der Finanzen vom Magistrat abgelehnt.

Von der Waldstraße mal abgesehen, wurden die anderen Unterkünfte mit gutem Willen in entsprechende Wohneinheiten ohne Überbelegung umgewandelt. Im Rahmen der Asylproblematik wurden nun in Raunheim 1992 zwei Häuser in Einfachbauweise erstellt und als Asylbewerberunterkunft bezogen. Anfragen der den Grünen nahestehenden Wählerinitiative, ob diese Häuser nur für diesen Personenkreis errichtet und später beseitigt würden, beantwortete der Magistrat mit Ja, und so erfolgten die erforderlichen Beschlüsse einstimmig.

Während einer Begehung zeigte sich der Bürgermeister jedoch so von der Bauweise erfreut, daß er sich in Zukunft diese Häuser (die unter dem Arbeitstitel "Wohnheime im Wasserloch" gebaut wurden) auch als Unterkunft für Nichtseßhafte und Obdachlose vorstellen kann. Heute schon haben die Menschen "aus der Waldstraße" und "vom Wasserloch" die Wohnfläche von 8 qm pro Person gemeinsam.

Wie hier in Raunheim, wird auch in anderen Gemeinden und Städten die zuerst fortschrittliche Denkart umgedreht. Erst wird für Asylbewerber Notunterkunftsraum geschaffen, um später wieder als Obdachlosenunterkunft genutzt zu werden. Diese neuen Einfachstwohnungen, Container und Baracken werden die Sozialen Brennpunkte von Morgen in Hessen sein. Wohnraum für Asylbewerber muß sein, aber bitte in richtiger Bauweise, welche mit nötigen Innenergänzungen zu Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus umgewidmet werden kann.

DIE WICHTIGSTEN VERÄNDERUNGEN IM ARBEITSFÖRDERUNGSGESETZ (AFG) AB 01.01.1993

Mit der Abänderung des AFG, die ab nächsten Januar wirksam werden soll, ergeben sich viele Nachteile für Arbeitslose. So wird es für viele schwerer werden, z.B. Fortbildungsmaßnahmen des Arbeitsamtes in Anspruch zu nehmen. Hier die einschneidendsten Gesetzesänderungen auf einem Blick, zusammengestellt von Annette Dittrich:

z.Zt noch bestehende Regelung im AFG

Regelung am 1.1.93

Auswirkung

Ergänzung des § 2 Nr.5 AFG: Frauen sollen entsprechend ihrem Anteil an Arbeitslosen gefördert werden.

KEINE,
weil damit kein gerichtlich durchsetzbarer Anspruch auf Leistungen des Arbeitsamtes für betroffene Frauen gewährt wird.

§ 34 AFG: verlangt vom Veranstalter von Bildungsmaßnahmen den Nachweis, daß die Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, die vom Arbeitsamt bezahlt werden, erfolgreich sind. Der Veranstalter muß also nachweisen, daß mit der Fortbildung den TeilnehmerInnen neue, breite und tiefe fachliche Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt werden können

Verschärfung
Überprüfung durch das Arbeitsamt vor Beginn der Umschulung. Zusätzlicher Nachweis, daß die TeilnehmerInnen der Fortbildungsmaßnahme auch auf dem Arbeitsmarkt vermittelt werden können.

Damit können nur noch Fortbildungen, die sehr gute Vermittlungschancen bieten, von den Veranstaltern angeboten werden. Die Auswahl im Fortbildungsangebot wird also geringer werden.

§ 36 AFG: Er beschreibt die Voraussetzung, die eine/r in ihrer/seiner Person erfüllen muß, um an einer Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahme teilnehmen zu können.

Die-/derjenige, die/der an einer Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahme teilnehmen will, muß (bevor der Kurs anfängt) sich über alle Möglichkeiten beim Arbeitsamt beraten lassen, also auch über weniger teure Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt unterzukommen.

Damit wird versucht, möglichst wenigen Menschen eine Fortbildung oder Umschulung zu finanzieren. Weniger gut informierte Menschen können leichter auf andere Arbeitsmarktbereiche verwiesen werden.

z.Zt noch bestehende Regelung im AFG	Regelung am 1.1.93	Auswirkung
<p><u>§ 40b AFG:</u> Er bietet Menschen bis 25 Jahren die Möglichkeit, den Hauptschulabschluß nachzumachen oder allgemeinbildende Kurse zu besuchen</p>	<p><u>Aufhebung</u></p>	<p>Voraussichtlich werden damit die Berufs- und Ausbildungsaussichten junger Menschen ohne Schulabschluß noch schlechter werden.</p>
<p><u>§ 41a AFG:</u> Er bietet die Möglichkeit, "Berufs- und Orientierungskurse" für die Dauer von 4-8 Wochen zu besuchen. Ziel ist die Verbesserung der Vermittlungsaussichten von Arbeitslosen</p>	<p><u>Streichung</u></p>	<p>Gerade für Berufsrückkehrerinnen entfällt so die Chance, sich über ihre Wünsche und Möglichkeiten hinsichtlich der zukünftigen Berufsausübung klar zu werden. Das Arbeitsamt bezahlt damit auch kein Bewerbungstraining mehr.</p>
<p><u>§ 42 Abs.3 AFG:</u> Unter bestimmten Voraussetzungen ist es möglich, hintereinander verschiedene Fortbildungsmaßnahmen zu besuchen, ohne daß zwischen den Kursen eine versicherungspflichtige Tätigkeit ausgeübt wird.</p>	<p><u>Streichung</u></p>	<p>Der Wegfall dieser Förderketten führt dazu, daß eine intensive Qualifizierung über einen längeren Zeitraum nicht mehr möglich ist.</p>
<p><u>§ 49 Abs.2 AFG:</u> Er bietet Arbeitgebern die Möglichkeit, für Menschen, die erst noch eingearbeitet werden müssen, für die Dauer eines Jahres 50% der Tarifverfügung des/der Einzuarbeitenden vom Arbeitsamt zugeschossen zu bekommen.</p>	<p><u>Kürzung und Verschärfung</u> Der Zuschuß darf in der Regel nur noch 30% betragen und für ein halbes Jahr gezahlt werden. Der Arbeitgeber muß den Zuschuß zurückzahlen, wenn das Arbeitsverhältnis 1 Jahr nach der Einarbeitungszeit beendet wird.</p>	<p>Es wird für Arbeitgeber weniger vorteilhaft, Frauen nach dem "Familienplan" einzustellen. Außerdem besteht die Gefahr, daß Arbeitgeber ihre Pflicht zur Rückzahlung durch den Arbeitsvertrag auf den/die Beschäftigte/n abwälzen.</p>

**FRAUENGRUPPEN GESTERN UND HEUTE
- REDEN, KEGELN UND LACHEN -**

Ayshe: *Merhaba Nurcan. Am Wochenende vom 18.-20. September habe ich versucht, Dich zu erreichen. Wo warst Du?*

Nurcan: Ach, an diesem Wochenende war ich mit den Frauen von Bengi e.V. auf einem Frauenseminar von der LAG und der Landeszentrale für politische Bildung. Bei dem Seminar ging es um Frauengruppen Gestern und Heute.

Ayshe: *Was ist Bengi für ein Verein?*

Nurcan: Bengi ist ein Verein, der von Frauen aus der Türkei im Stadtteil Bettenhausen gegründet worden ist. Jedoch ist unser Verein offen für Frauen aller Nationalitäten. Uns geht es darum, den Ansatz von Existenzgründung gemeinsam zu verwirklichen. Außerdem organisieren wir Frauenfeste und Veranstaltungen im Stadtteil und geben Informationen im Stadtteil an Frauen weiter. Demnächst haben wir sogar eigene Räume in der Leipzigerstraße 238 in Kassel.

Ayshe: *Welche Frauengruppen waren noch da, und was habt ihr inhaltlich gemacht?*

Nurcan: Bei dem Seminar ging es um die Anfänge der Frauengruppen in den Sozialen Brennpunkten und darum, wie sich die Gruppen und ihre Inhalte bis heute verändert haben. Das konnten wir als Gruppen an dem Wochenende gemeinsam aufspüren. Mir persönlich hat die Frauengruppe Rodgaustraße sehr imponiert. Sie gibt es bereits seit 1972. Sie haben sich als Gruppe für ihre Siedlung eingesetzt: sie forderten Spielplätze, Kindergärten, menschenwürdiges Wohnen in ihrer Sied-





lung. Mit Erfolg: einen Kindergarten z.B. haben sie seit 1982. Frauen aus der Gruppe begleiten andere Frauen zum Sozialamt und auch zu anderen Ämtern.

Die zweite Gruppe nennt sich nicht Frauen-, sondern Müttergruppe Schelmengraben aus Wiesbaden. Die Müttergruppe kam auf Grund der Initiative einer städtischen Sozialarbeiterin zusammen. Sie treffen sich regelmäßig, frühstücken gemeinsam, sprechen über verschiedene Themen und knüpfen Kontakt zu anderen Frauengruppen.

Dann war noch die Frauengruppe des Kinderschutzbundes Langen dabei. Auch sie treffen sich regelmäßig, diskutieren, unterstützen sich gegenseitig und verbringen ihre Freizeit gemeinsam. Obwohl ihre Siedlung gänzlich abgerissen worden ist, haben die Frauen noch die Nähe zueinander. Die Stellen der zwei betreuenden Sozialarbeiterinnen sollen im April 1994 auslaufen; die Frauengruppe will auch dann weiter existieren.

Ich fand alles ganz spannend. Trotz der ganz unterschiedlichen Entstehungsumstände und der Entstehungszeiten gab es zwischen den Gruppen viele Ähnlichkeiten, aber auch große Unterschiede. Mir hat es besonders gut gefallen, daß bei dem Seminar nicht die Gruppe als solche, sondern auch die einzelnen Frauen mit ihren persönlichen Motivationen und Erwartungen an die Gruppe ein Schwerpunktthema waren.

Auf die Frage, was die Gruppe bei den einzelnen Frauen bewirkt hat, wurde von den einzelnen folgendes geantwortet: Freundschaft, Hilfe bei Problemen, Geselligkeit, Abschalten vom Alltag, gegenseitige Hilfe, Selbstbewußtsein (frei und offen geworden), daß auch andere Verhaltens- und Wertvorstellungen möglich sind und Freude und Spaß.

Ja, Freude und Spaß hatten wir auch an diesem Wochenende. Beim Kegeln wurde viel gelacht und viel Nähe zueinander gefunden.

3 JAHRE ROCKMOBIL IN KASSEL

Im November 1989 startete der dritte Rockmobil-Ableger der LAG in Kassel seine Arbeit. Vorangegangen waren umfangreiche Verhandlungen mit dem Landeswohlfahrtsverband Hessen, dem Bundesministerium für Jugend, Frauen und Familie, der Stadt Kassel und verschiedenen Trägern von Jugendhilfemaßnahmen in Nordhessen zwecks Einrichtung dieses für die Region neuen Modellprojektes. Die Rollende Musikschule der LAG sollte fortan auch in Nordhessen vor allen Dingen benachteiligten Jugendlichen das Musizieren in Rockbands ermöglichen. Die Finanzierung konnte unter Beteiligung der genannten Träger und mit weiterer Unterstützung des hessischen Ministeriums für Wirtschaft und Technik für eine wissenschaftliche Begleitung und für zunächst insgesamt vier Jahre sichergestellt werden. Damit eröffnete die LAG im Herbst 1989 in Kassel erstmalig eine Außenstelle für drei MitarbeiterInnen.

Seither sind drei Jahre vergangen, in denen eine Menge passiert ist. Zunächst waren die Mitarbeiter, zwei Teilzeit-Musikpädagogen und eine Vollzeit-Wissenschaftliche Begleitung/Geschäftsführung, damit beschäftigt, das Modell in Gang zu bringen. Dazu wurden Jugendhilfeeinrichtungen kontaktiert und Workshops organisiert - ganz nebenbei mußten auch Instrumente beschafft, ein Büro angemietet und renoviert werden. Zusätzlich wurde eine Konzeption erarbeitet, die ein spezielles Augenmerk auf Jugendliche in besonders geförderten Ausbildungsprojekten richtete. Denn, das ist eine Kasseler Besonderheit unter den Rockmobilen, hier sollte besonders mit benachteiligten Jugendlichen gearbeitet werden, die in beruflichen Fördermaßnahmen einer Ausbildung oder Beschäftigung nachgehen.

In der Anfangsphase wurden in wenigen Wochen ca. 300 Jugendliche in eintägigen Workshops erreicht,



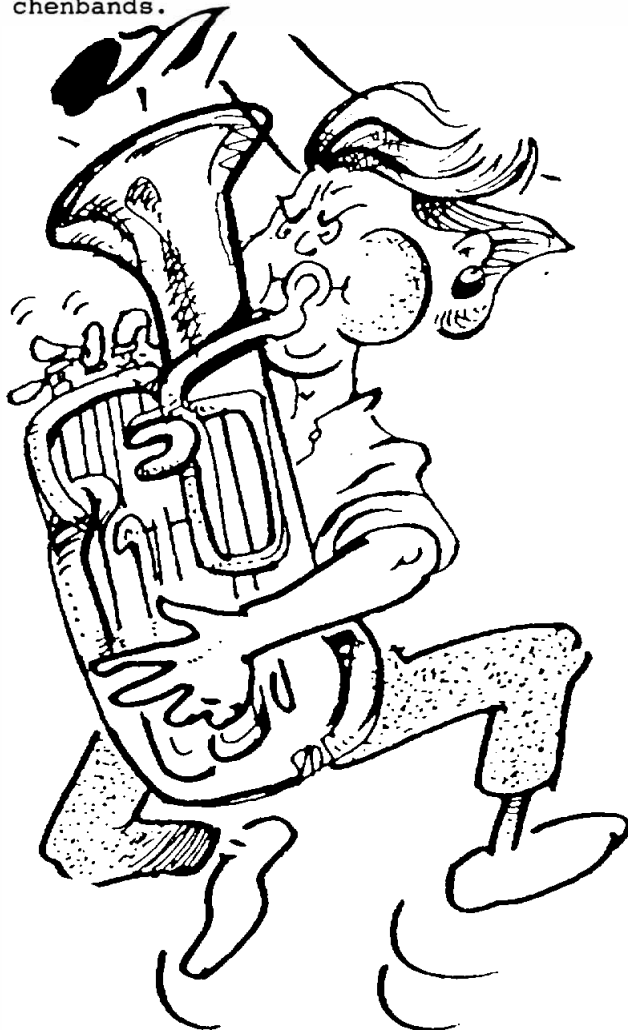
JUGEND

aus denen sich im Anschluß bald ca. zehn feste Gruppen formierten, die regelmäßig und wöchentlich einmal vom Rockmobil betreut wurden. Dabei kristallisierten sich bald die Jugendzentren in den städtischen Wohnquartieren mit Brennpunktcharakter als Hauptarbeitsgebiet für das Kasseler Rockmobil heraus. (In Kassel gibt es seit den 70er Jahren keine ausgewiesenen Sozialen Brennpunkte mehr, um der weiteren Stigmatisierung von Wohnquartieren und Bewohnern zu entgehen. Dennoch gibt es einige Stadtteile mit Brennpunktcharakter, z.B. die Siedlung Brückenhof, in der Rockmobil gleichfalls arbeitet.)

In den vergangenen drei Jahren hat sich der damals gewählte Ansatz weitgehend stabilisiert und bewährt. Insgesamt unterhält Rockmobil zeitweilig bis zu zehn Bands in der Region Nordhessen. Die meisten sind in den städtischen Jugendzentren in den Stadtteilen angesiedelt. Dort kommen vielfach die Jugendlichen zum Rockmobil, die als ausländische MitbürgerInnen, als AussiedlerInnen, als SchulabbrecherInnen oder AZUBI's in beruflichen Fördermaßnahmen nicht gerade auf der Sonnenseite unserer Gesellschaft leben. Diese Gruppe macht den überwiegenden Teil der Jugendlichen in den Kasseler Rockmobil-Bands aus.

Aber es kommen auch andere Jugendliche ohne diese 'Auffälligkeiten' zu uns und darauf legen wir inzwischen auch besonderen Wert! Denn Rockmobil soll kein 'Club' ausschließlich für Benachteiligte sein und die Jugendlichen in die für sie peinliche Situation bringen, bei öffentlichen Auftritten sofort als solche identifiziert zu werden, wie es zu Anfang bei der Fernsehberichterstattung über das Projekt mehrere Male geschah. So heißt unsere Konzeption heute kurzgefaßt: Zu Rockmobil können alle diejenigen kommen, die ohne unsere Hilfe keine Gelegenheit hätten, zusammen Musik zu machen. Das schließt insbesondere auch die Mädchenarbeit ein, denn Mädchen werden sich - ohne pädagogisches

Eingreifen - an den Instrumenten nicht lange gegenüber den Jungen behaupten können. Im Kasseler Rockmobil hingegen waren 1992 von 10 Bands alleine drei reine Mädchenbands.



In den drei Jahren haben die Kasseler Mitarbeiter mit insgesamt 15 Gruppen gearbeitet, von denen 4 seit Anfang an bestehen. Das Angebot stößt auf große Resonanz und - hätten wir mehr Mitarbeiter - wir könnten noch wesentlich mehr Gruppen betreuen. Weniger erfolgreich verlief unser Engagement zunächst unmittelbar in den Ausbildungsbetrieben: Organisatorische Probleme der Ausbildungsprojekte machten einen Rockmusik-'Unterricht' während der Ausbildungszeit unmöglich. In der Freizeit aber suchen die Jugendlichen - wie die Mehrzahl der Arbeitnehmer - möglichst schnell durch das Werkstor das Weite. Da konnte sie auch das attraktive Musikangebot nicht halten. Den ein oder anderen allerdings sahen wir nach Feierabend in einer unserer Gruppen im Jugend-

zentrum wieder. In den Ausbildungszentren sind wir deshalb im wesentlichen mit Workshops und Bildungsurlauben präsent

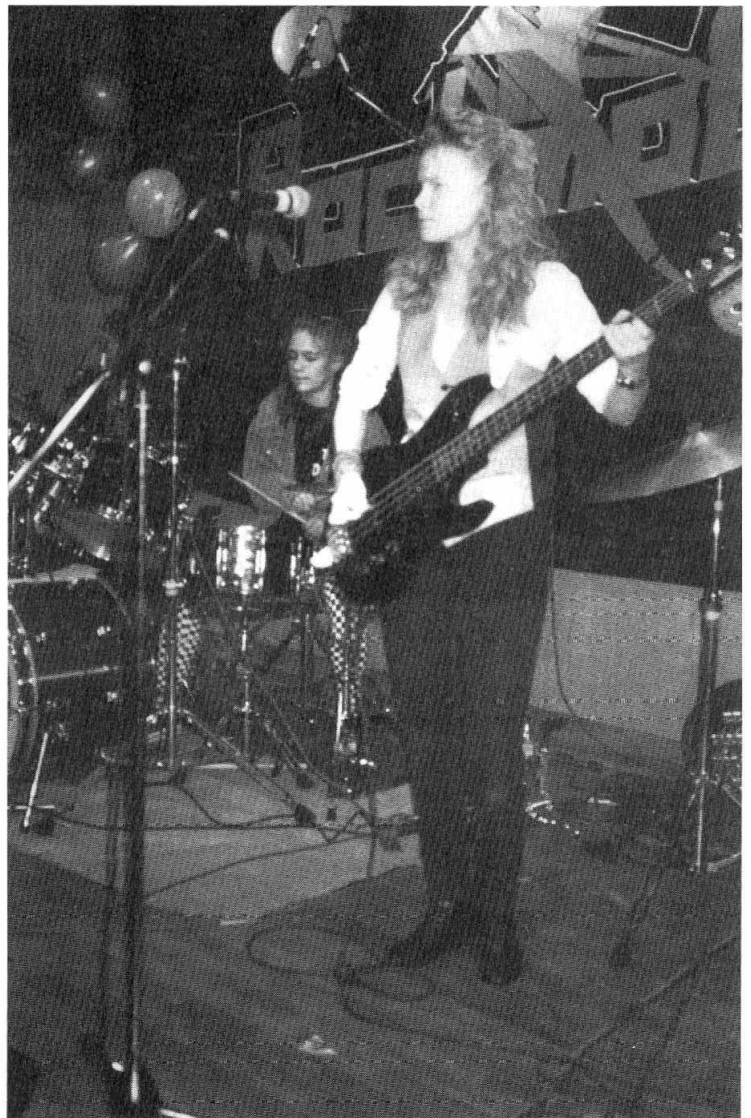
Nicht vergessen werden darf die schwierige Arbeit in zwei Heimen der Erziehungshilfe. Hier erhalten Jugendliche durch Rockmobil die Möglichkeit zum Musizieren, die tatsächlich gleich mehrfach benachteiligt sind. In diesem Bereich wird von den Mitarbeitern viel Geduld und Verständnis für die schwierige Lebenslage der Jugendlichen verlangt, aber es lohnt, denn gerade hier existiert eine der Gruppen bereits seit drei Jahren!

Mit dem Kasseler Rockmobil konnten auch neue Impulse für die Jugendarbeit in der Region gesetzt werden. Derzeit arbeitet eine Kollegin auf ABM-Basis am Umbau eines Bunkers zu Probenräumen. Hier sollen für Rockmobil-Bands, die zukünftig auf eigenen Beinen stehen wollen, und hauptsächlich auch für Jugendliche mit knappem Geldbeutel preisgünstige Probenräume entstehen. Rockmobil leistet hier für Kassel Pionierarbeit und orientiert sich dabei an den Erfahrungen aus anderen Städten: daß hier ein wichtiges Angebot für eine Vielzahl von Jugendlichen bereitgestellt werden kann, um ihnen eine sinnvolle und selbstgestaltete Freizeitbeschäftigung zu ermöglichen, was ohne die Förderung aus öffentlichen Geldern nicht möglich ist.

Trotz aller Erfolge ist die Zukunft des Kasseler Rockmobils insgesamt noch ungeklärt: Wir starten 1993 in das letzte Jahr der Modellförderung. Aber mit der durch das hessische Ausführungsgesetz zum KJHG verbundenen Kommunalisierung von Jugendarbeit wird ab 1994 die beim LWV bestehende Struktur von landesweiten Modellförderungen im Erziehungshilfesektor - bislang eines der wichtigen Rockmobil-Standbeine - aufgelöst. Unklar scheint auch, wie das Kasseler Jugendamt sein - durchaus beabsichtigtes - Engagement für das Rockmobil angesichts immer knapper

werdender Haushaltsmittel in die Tat umsetzen kann. Mit den Verhandlungen über eine Weiterfinanzierung des Kasseler Rockmobil-Projektes ist schon im Sommer dieses Jahres begonnen worden. Angesichts der breiten inhaltlichen Unterstützung, auf die sich das Projekt stützen kann, ist einiger Optimismus berechtigt, daß sich die Verantwortlichen in den zuständigen Institutionen mit aller Kraft für eine Weiterführung des Rockmobils in Kassel einsetzen werden. Hoffen wir das Beste, daß es gelingt, die Kasseler LAG-Niederlassung auch über 1993 hinaus am Leben zu erhalten.

Burkhard Hill



(Fotos:
Rockmobil Kassel)

**BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT DER SOZIALHILFEINITIATIVEN MIT NEUER
GESCHÄFTSSTELLE**

Bei der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen hat sich in den letzten Monaten einiges getan: Seitdem absehbar war, daß Lothar Stock in die Geschäftsführung der LAG überwechseln würde, mußte eine andere Lösung für die Geschäftsführung der BAG gesucht werden. Glücklicherweise zeigte sich das Bundesministerium für Familie und Senioren ziemlich überraschend gewillt, Geld für die Arbeit einer Geschäftsstelle zur Verfügung zu stellen. Wir verdanken dies der kompetenten und kritischen Arbeit, die die Initiativen in den letzten Jahren leisteten - wenn auch unseren Forderungen in der Regel nicht entsprochen wird, so sind wir dennoch zu einem wichtigen Faktor in der sozialpolitischen Diskussion geworden.

Seit 1. Oktober 1992 werden jetzt eine halbe Stelle und die entsprechenden Sachkosten vom Ministerium finanziert. Die Stelle des Geschäftsführers erhielt Wolfgang Scherer, der seit Jahren an der bundesweiten Zusammenarbeit beteiligt ist. Das Büro der BAG-SHI ist in der Moselstraße 25 in Frankfurt/M, im 2. Stock. Hierzu wurde eine Bürogemeinschaft mit der LAG vereinbart. Die BAG-SHI hat eine eigene Telefonnummer (069/25 00 30); das Büro ist in der Regel dienstags bis freitags von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr besetzt.

Der Wechsel in der Geschäftsführung geschah in einer Zeit des sozialpolitischen Umbruchs. Mehr denn je - zumindest seit Anfang der 80er Jahre - geraten Sozialleistungen in die Spar-Diskussion. Es begann noch im Sommer damit, daß eine Novellierung des BSHG anstand. Die Anhörungen waren im vollen Gange, die Sozialhilfeinitiativen verfaßten eine umfassende und differenzierte Kritik.

Wenngleich wir in Terminnot gerieten, gelang es durch eine schnelle Umfrage, die Kritik auf die Beine zu stellen. Hier sei erneut das aufopferungsvolle Wirken von Lothar gewürdigt, der in Nacharbeit die unterschiedlichen Stellungnahmen zu einem Ganzen zusammenfügte. Kaum waren die Anhörungen zu einem Abschluß gekommen, verschwand das Novellierungsvorhaben in der Versenkung - inzwischen verlautet aus dem BMFuS, daß die Novellierung gestorben sei.

Im Herbst entbrannte (im wahrsten Sinne des Wortes) der Streit um die Flüchtlinge. Was die Sozialhilfe anbetrifft, so wehrt sich die BAG-SHI gegen alle Kürzungsabsichten. Wir vertreten die Auffassung, daß AsylbewerberInnen eine vollständige Gleichbehandlung mit deutschen Sozialhilfeberechtigten erfahren müssen (und beiden Gruppen müßte es besser ergehen!) und wir wenden uns gegen jede Form der Diskriminierung. Zu dem Zeitpunkt, da diese Zeilen geschrieben werden, steht eine Kahlschlagaktion in der Sozialpolitik ins Haus: 3% Kürzung bei Sozialhilfe, beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe, 9% Kürzungen beim Wohngeld und vieles andere mehr. Wir haben hierzu eine ablehnende Stellungnahme abgegeben; dies kann aber nicht alles sein! Wir werden uns weitere Aktionsformen überlegen müssen, um uns gegen diese sozialen Störenfriede und Brandstifter zu wenden.

Mit der weiteren Arbeit der Geschäftsstelle sind zur Organisation der Zusammenarbeit und des Protestes ganz generell folgende Vorstellungen verbunden: Der Service-Charakter der Geschäftsstelle soll verstärkt werden. Zeitungsmeldungen zur Sozialpolitik werden systematisch gesammelt und versen-

det. Sie sind zum Selbstkostenpreis erhältlich. Die Presseumschau erscheint monatlich. Daneben sollen die Fachzeitschriften zur Sozialen Arbeit systematisch auf Veröffentlichungen zur Armut ausgewertet werden. Eine Auflistung soll regelmäßig erfolgen. Gegebenenfalls können wir behilflich sein, die Artikel zu besorgen. Gleiches gilt für die Gerichtsurteile zur Sozialhilfe.

Ein solches Informationsnetz kann allerdings nur dann richtig funktionieren, wenn wir regelmäßig zusätzliche Materialien von den Initiativen oder Projekten erhalten - seien es Zeitungsmeldungen zur örtlichen Situation der Armen und der Sozialhilfe, seien es Artikel zur Armut ganz allgemein. Wir sind hier auf Eure Mitarbeit

angewiesen. Gleiches gilt für Informationen zur Sozialhilfepraxis vor Ort, zu Sparmaßnahmen, zu Erfolgen gegenüber den Sozialämtern u.a.m. Und schließlich wäre es nützlich, wenn wir Flugblätter und Informationsblätter von Euch erhielten; das Rad muß ja nicht ständig neu erfunden werden.

Wir hoffen, daß die Geschäftsstelle noch mehr als bisher eine Service-Station sein kann und daß sich hierüber auch noch stärker als bisher eine effektive Verteidigung der Rechte und ein offensives Einfordern besserer sozialer Sicherung organisieren lassen. Dafür brauchen wir aber Eure Mithilfe und Mitwirkung.

Wolfgang Scherer



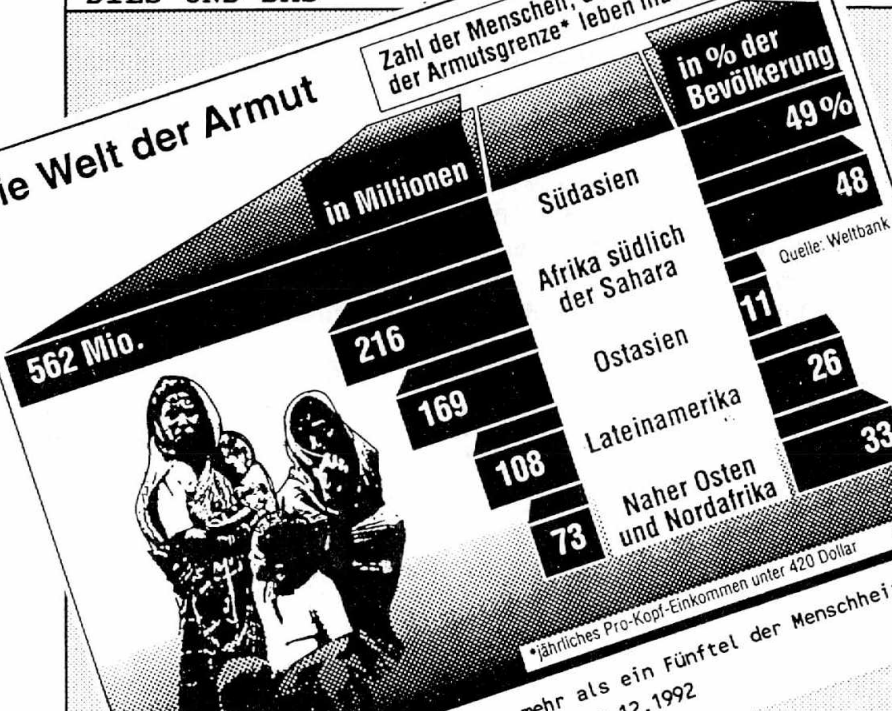
(Aus: TAZ,
16.2.1993)

Nix mehr zu holen für den Fiskus

Foto: Voller Ernst

Die Welt der Armut

Zahl der Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze* leben müssen



Quelle: Weltbank

Stand 1990

*jährliches Pro-Kopf-Einkommen unter 420 Dollar

In bitterer Armut lebt mehr als ein Fünftel der Menschheit.
aus: Frankfurter Rundschau, 18.12.1992



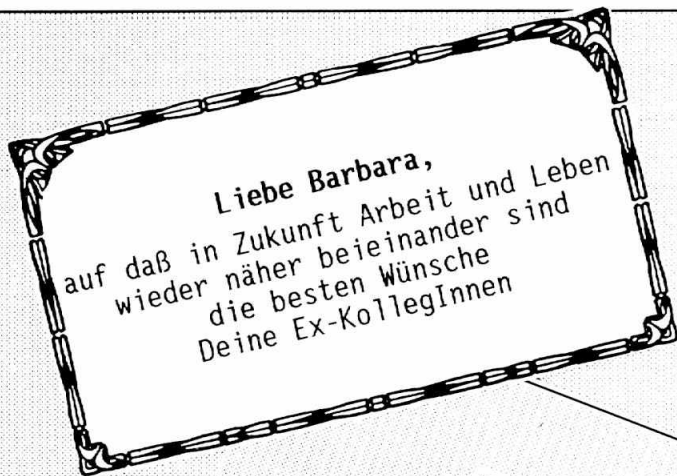
Munge, komm bald wieder
bald wieder mal vorbei!



...ein Professor, der hat es schwör...
Lieber Günter, alles Liebe und Gute in
Erfurt und anderswo
Deine Ex-Kollegen und Kolleginnen



Unser Plan
für den Urlaub:
ab auf die Insel!



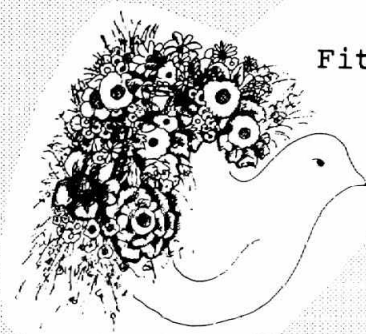
1993 :
**Europäisches Jahr der älteren Menschen
und der Solidargemeinschaft der Generationen**

Wie schon mehrfach praktiziert, gibt es auch 1993 wieder ein "Europäisches Jahr", diesmal das Jahr der älteren Menschen. In der Bundesrepublik wird es eingeläutet mit Diskussionen um den Solidarpakt, wobei es auch den alten Menschen, die eh schon wenig von Frauen, weiter an den Geldbeutel gehen soll. Altersarmut - insbesondere von Frauen, ist an den Geldbeutel gehen soll. nicht als Thema vorgesehen. Nichtsdestotrotz könnte das europäische Jahresmotto dazu verhelfen, sie zum Thema zu machen.

Ansonsten gibt es eine Reihe von Veranstaltungen und Wettbewerben: Ein Fotowettbewerb, ein Wettbewerb der "seniorenfreundlichen Gemeinden", zahlreiche Konferenzen und ein Gespräch mit Hannelore Rönsch zur Lebenssituation älterer Ausländer in der Bundesrepublik.

Extra für das Europäische Jahr wurde eine Geschäftsstelle eingerichtet. Dort gibt es Informationen und Materialien:
Geschäftsstelle für das Europäische Jahr, Claudia Keller, Postfach 201541,
5300 Bonn 2, Tel. 0228/3062423.

Oder: Bundesministerium für Familie und Senioren, Silvia Kornwolf,
Godesberger Allee 40, 5300 Bonn 2.



Fitte Frauen braucht das Land: —

Dana Zhoe
23.2.1993

Herzlichen Glückwunsch!

TERMINKALENDER

März:

- 02.03. Verwendungsnachweise, Frankfurt
04.03. AG Jugend, Frankfurt
19.03. - 21.03. Kooperationstagung Burckhardtthaus: Rechtliche Rahmenbedingungen der Kinder-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit in hess. Sozialen Brennpunkten
25.03. AG Mädchen und AG Jungen, Frankfurt
26.03. - 28.03. Frauenzentraltagung in Kooperation mit der Hess. Landeszentrale für polit. Bildung, Dorfweil
27.03. AG Sozialhilfe, Frankfurt

April:

- 23.04. AG Gemeinwesenarbeit
24.04. AG Sozialhilfe, Frankfurt
26.04. - 01.05. Bildungsurlaub "Frauen" in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Berlin, Berlin

Mai:

- 06.05. AG Jugend, Frankfurt
19.05. - 21.05. BewohnerInnen-Tagung, Oberreifenberg
22.05. Mitgliederversammlung, Oberreifenberg
27.05. AG Mädchen

Juni:

- 03.06. Auswertungstagung Mädchenbildungsprojekt
25.06. + 26.06. Euro Sleep Out (Nacht der Wohnungslosen), Berlin
26.06. AG Sozialhilfe, Frankfurt
28.06. - 02.07. Bildungsurlaub "Frauen in Ausbildung" in Kooperation mit dem Hessischen Jugendring, Wetzlar
29.06. Veranstaltungsreihe Gemeinwesenarbeit

Juli:

- 08.07. AG Jugend
15.07. AG Mädchen
29.07. - 01.08. Bundestreffen der Sozialhilfeinitiativen, Borken

August:

01. - 03.08. Zentrale Jugendarbeitstagung in Kooperation mit dem Landesjugendamt

September:

- 10.09. - 12.09. 1. Herbsttagung Frauen, Oberreifenberg
14.09. Veranstaltungsreihe Gemeinwesenarbeit
16.09. AG Jugend
18.09. AG Sozialhilfe
23.09. AG Mädchen
24.09. - 26.09. 2. Herbsttagung Frauen, Oberreifenberg